

# Antrag G12: Deeskalation und Abrüstung für Frieden in Nahost - Für eine friedenspolitische Wende im Krieg Israels gegen Palästina

Antragsteller\*in:

BAG Frieden und Internationale Politik

Der Parteitag möge beschließen:

## 1 **Deeskalation und Abrüstung für Frieden in Nahost - Für eine friedenspolitische Wende** 2 **im Krieg Israels gegen Palästina**

3 Die Linke setzt sich für eine sofortige friedenspolitische Wende im Krieg Israels  
4 gegen Palästina und für Frieden im Nahen Osten im Sinne des Völkerrechts ein. Sie  
5 verurteilt unmissverständlich alle Kriegsverbrechen und alle Verstöße gegen das  
6 Völkerrecht. Wir verurteilen die israelische Besetzung Palästinas, die vielen  
7 Massaker Israels seit Jahrzehnten im Gazastreifen, in Ostjerusalem und der Westbank,  
8 die völkerrechtswidrige Blockade des Gazastreifens seit 2007 und die Gefangennahme  
9 und Folter von Palästinenser\*innen – und ebenso die systematische Entrechtung der  
10 Palästinenser\*innen sowie den seit Oktober 2023 andauernden Vernichtungskrieg Israels  
11 gegen die Palästinenser\*innen im Gazastreifen, bei dem laut Internationalem  
12 Gerichtshof (IGH) der Vorwurf des Völkermords plausibel ist. Wir verurteilen das  
13 Massaker der Hamas in Israel, die Geiselnahmen und die Raketenangriffe der Hamas auf  
14 Israel. Ebenfalls verurteilen wir die Waffenlieferungen von Deutschland, USA und  
15 anderen Staaten an Israel. Wir lehnen Waffenlieferungen in Kriegsgebiete ab.

16 Unser Mitgefühl und unsere Solidarität gelten den israelischen und palästinensischen  
17 Opfern. Der Konflikt kann nur durch die Beendigung der israelischen Besetzung von  
18 Gazastreifen, Westbank und Ostjerusalem gelöst werden – entsprechend dem Völkerrecht.  
19 Dafür muss sich die Bundesrepublik einsetzen. Die Bundesregierung ist, wie alle  
20 Staaten, nach dem Völkerrecht verpflichtet, jederzeit zur friedlichen Lösung und auch  
21 Beilegung von Kriegen und Konflikten beizutragen. Sie hat jedoch das genaue Gegenteil  
22 getan und den Krieg gegen Palästina sowohl auf militärischer als auch auf  
23 diplomatischer Ebene uneingeschränkt unterstützt – und damit, was die Bemühung um  
24 Frieden angeht, auf ganzer Linie versagt.

25 Am 19. Juli 2024 stellte der Internationale Gerichtshof (IGH) sein Rechtsgutachten  
26 zur israelischen Besatzungspolitik vor, das am 20. Dezember 2022 von der UN-  
27 Vollversammlung angefordert worden war. In seinem Gutachten bestätigte der IGH sehr  
28 deutlich, was die Kritiker\*innen der israelischen Besetzung seit Jahrzehnten sagen:

- 29 • Die israelische Besetzung der Westbank, des Gazastreifens und Ostjerusalems  
30 stellen einen eklatanten Verstoß gegen das Völkerrecht dar und dies von Anfang  
31 an, weil Israel die Besetzung von Anfang an als dauerhaft ansah.
- 32 • Israel ist verpflichtet, die Besetzung „so schnell wie möglich“ zu beenden. Der  
33 Siedlungsbau ist „unverzüglich“ einzustellen. Israel muss alle Siedler\*innen aus  
34 allen besetzten Gebieten wieder umsiedeln.
- 35 • Israel ist rechtlich verpflichtet, allen natürlichen und juristischen Personen  
36 für die durch die Besetzung entstandenen Schäden und Nachteile Reparationen zu  
37 leisten.
- 38 • Das palästinensische Volk hat ein unbedingtes Recht auf Selbstbestimmung, das an  
39 keine Vorbedingungen von israelischer Seite gebunden ist. Für ein freies  
40 Palästina braucht es also keine Friedensverhandlungen mit Israel. Auch die Oslo-  
41 Abkommen haben das Recht auf Selbstbestimmung nicht außer Kraft gesetzt.

- 42 • Die Vereinten Nationen und alle Staaten sind verpflichtet, diesen Zustand, der  
43 durch die "unrechtmäßige Präsenz des Staates Israel in den besetzten  
44 palästinensischen Gebieten" entstanden ist, nicht anzuerkennen und alles zu  
45 unterlassen, was die Besatzung in irgendeiner Weise unterstützt.
- 46 • Der UN-Sicherheitsrat und die UN-Vollversammlung sollen prüfen, wie man die  
47 Anwesenheit Israels in den besetzten Gebieten so schnell wie möglich beenden  
48 kann.
- 49 Das Gutachten wurde mit überwältigender Mehrheit beschlossen. Es ist wie alle IGH-  
50 Gutachten nicht rechtsverbindlich, aber es wird den internationalen politischen Druck  
51 auf Israel und unterstützende Staaten im aktuellen Gaza-Krieg und darüber hinaus  
52 weiter erhöhen. In diesem Sinn wirkt die Linke bundesweit in der Öffentlichkeit und  
53 mit Anträgen und Diskussionen im Bundestag und fordert von der Bundesregierung
- 54 1. die Waffenlieferungen an Israel unverzüglich einzustellen;  
55 2. entsprechend dem IGH-Gutachten vom 19. Juli 2024 den Staat Palästina in den  
56 Grenzen von 1967 anzuerkennen, die Unterstützung der israelischen Besatzung zu  
57 beenden und alles zu unterlassen, was die Besatzung in irgendeiner Weise unterstützt;  
58 3. sich einzusetzen für:
- 59 • einen sofortigen dauerhaften Waffenstillstand im gesamten Gebiet von Palästina  
60 und Israel im Sinne der UN-Resolution 2795 des UN-Sicherheitsratsratsrats vom  
61 10. Juni 2024,  
62 • die sofortige ausreichende humanitäre Versorgung der Zivilbevölkerung im  
63 Gazastreifen,  
64 • den Wiederaufbau der Zivileinrichtungen und Infrastruktur, insbesondere  
65 Wohnhäuser, Krankenhäuser, Schulen, Universitäten und religiösen Stätten,  
66 • die Freilassung der Geiseln der Hamas sowie der von Israel inhaftierten  
67 Palästinenser:innen\*,  
68 • das Ende der israelischen Besatzung Ostjerusalems, der Westbank und des  
69 Gazastreifens,  
70 • die Aussetzung des EU-Assoziierungsabkommens, bis Israel die Besatzung beendet,  
71 • den Stopp der Repressionen gegen die Palästina-Solidaritätsbewegung in  
72 Deutschland.
- 73 Dafür beteiligen wir uns als Die Linke an Solidaritäts-Demonstrationen für Palästina,  
74 machen Infotische und Veranstaltungen zur Aufklärung über den Krieg und über die  
75 Situation in Israel und Palästina und erarbeiten entsprechend Positionspapiere für  
76 die Auseinandersetzung innerhalb der Partei.
- 77 -----
- 78 \*Der israelische Staat hält weit über 10.000 palästinensische Menschen, darunter  
79 viele Minderjährige zu Unrecht gefangen. Denn die Gefangennahme verstößt gegen  
80 internationales Recht und Kriegsrecht.

## Begründung

Im Krieg Israels gegen Palästina, der maßgeblich von den USA und der deutschen Bundesregierung mitgetragen, militärisch unterstützt, ideologisch legitimiert und damit überhaupt erst ermöglicht wird, wurden bis zum 29. August über 40.000 Menschen im Gazastreifen getötet – die meisten davon Frauen und Kinder – und über 90.000 verletzt. Vermutlich hat der Krieg bislang jedoch erheblich mehr Todesopfer gefordert – Stand Juni waren es 186.000 Palästinenser\*innen, so ein Artikel im renommierten Medizin-Journal „The Lancet“, da

viele Tote nicht erfasst werden können und der Krieg viele Menschen bereits jetzt so geschädigt hat, dass sie in naher Zukunft sterben werden. Im besetzten Westjordanland wurden seit dem 7. Oktober über 660 Palästinenser\*innen getötet und 5.600 verletzt. Laut dem israelischen Außenminister Israel Katz soll der Krieg im nördlichen Westjordanland ähnlich wie im Gazastreifen ablaufen.

Zusätzlich droht eine überregionale Eskalation aufgrund der expansiven Kriegspolitik Israels. Mit der Ermordung des Hisbollah-Kommandeurs Fuad Schukr durch Israel und der Ermordung des Verhandlungsführers der Hamas, Ismail Haniyeh, am 31. Juli in einem Gästehaus der iranischen Regierung in Teheran, sollten die Hoffnungen auf einen baldigen Waffenstillstand zerstört und gleichzeitig eine Ausweitung des Krieges auf den gesamten Nahen Osten provoziert werden.

Die israelische Regierung hat ihre Absichten im Gazakrieg nicht verheimlicht. Verteidigungsminister Yoav Gallant erklärte bereits am 9. Oktober unmissverständlich: "Wir verhängen eine vollständige Belagerung über Gaza. Kein Strom, keine Lebensmittel, kein Wasser, kein Treibstoff. Alles ist geschlossen. Wir kämpfen gegen menschliche Tiere, und wir werden entsprechend handeln." Der Finanzminister Bezalel Yoel Smotrich erklärte es für moralisch gerechtfertigt, zwei Millionen Menschen in Gaza verhungern zu lassen. Viele Wissenschaftler wie der Genozidforscher Omer Bartov, der in Israel aufgewachsen ist, sind der Meinung, dass es das Ziel des Krieges sei, Gaza unbewohnbar zu machen.

Das hindert die USA und die deutsche Bundesregierung jedoch nicht daran, diesen Krieg maßgeblich mitzutragen, militärisch zu unterstützen und ideologisch zu legitimieren. Ohne die Waffenlieferungen von USA und Deutschland wäre der Krieg sofort zu Ende.

Die USA nutzen den israelischen Staat als westlichen Einfluss im Nahen Osten und die Bundesrepublik beteiligt sich mit Waffenlieferungen daran: ein Drittel aller nach Israel importierten Waffen kommen aus Deutschland. Die militärische Unterstützung des israelischen Staats wird zur „Staatsräson“ erklärt und war schon in den 50er Jahren Teil der Restauration und Wiederbewaffnung der Bundesrepublik – entgegen der Lehren aus 1945. Die Linke hingegen teilt die Lehre und Konsequenz aus 1945, dass Menschenrechte für alle gelten und mit einer stetigen zivilen Entwicklung auch zu verwirklichen sind. Der Leitspruch „Nie wieder Auschwitz!“ muss für alle Menschen gelten. Sonst haben wir aus der Geschichte nicht die richtigen Schlussfolgerungen gezogen. Für einen Frieden in Nahost sind gegen die Profite der deutschen und internationalen (Rüstungs-)Konzerne Abrüstung, Deeskalation und eine zivile Entwicklung in den imperialen Zentren durchzusetzen.